



Thorsten Frei: Dienstpflicht bedeutet Zusammenhalt, Wehrhaftigkeit und Identifikation mit Deutschland

Zur möglichen Einführung eines Dienstjahrs für junge Erwachsene erklärt der Bundestagsabgeordnete und Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei:

Berlin, 13.06.2022

Thorsten Frei MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73 972
Fax: +49 30 227-76 972

Wahlkreisbüro:
Justinus-Kerner-Straße 5
78048 Villingen-Schwenningen
Telefon: +49 7721 99 535 44
Fax: +49 7721 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de
www.thorsten-frei.de

V.i.S.d.P.
Thorsten Frei MdB

„Die von uns seit Jahren verfolgte Idee einer allgemeinen Dienstpflicht für junge Erwachsene findet angesichts der Aggressionen Russlands und der damit verbundenen Gefahren für die Freiheit und Sicherheit Deutschlands mittlerweile große Unterstützung in der Bevölkerung. Nachdem das Meinungsforschungsinstitut INSA in der vergangenen Woche eine Zustimmung von 57% gemessen hat, stützen laut KANTAR nach aktuellen Zahlen sogar 79% der Bevölkerung diese Idee. Das hat schließlich sogar den Bundespräsidenten dazu bewogen, am Wochenende ein Plädoyer für eine solche Dienstpflicht zu halten.

Aus meiner Sicht liegen die Gründe für ein solches Dienstjahr auf der Hand. Dafür hätte es den Krieg in der Ukraine nicht gebraucht. Das betrifft die Stärkung der Identifikation junger Menschen mit unserem Land. Sie sollen stolz sein können auf ihre Heimat und darauf, dass sie sich für ihr Land eingesetzt haben. Daneben steht die Möglichkeit, sich breiter beruflich orientieren zu können. Selbstverständlich ist dabei auch das Thema Nachwuchsbindung für unsere Unternehmen und Institutionen von größter Bedeutung. Und vor allem wäre der Dienst im sozialen Bereich enorm wichtig für das Miteinander in unserer alternden Gesellschaft. Schließlich steht der Dienst an der Gesellschaft für Zusammenhalt, Wehrhaftigkeit und Identifikation. Eine allgemeine Dienstpflicht für junge Frauen und Männer wäre der ideale Nährboden für eine starke gesellschaftliche Resilienz und damit eine Art natürlicher Abwehrkräfte in Krisenzeiten.

Bisher haben sich die linken Parteien und auch ein Großteil der Gesellschaft gegen unsere Idee gesperrt, da auch der Wehrdienst Teil dieser Überlegungen wäre. Angesichts der russischen Aggression in der Ukraine aber sehen wir, dass funktionierende Streitkräfte essentiell für die Sicherheit eines Staates sind und dass die Reserve eine wichtige Rückversicherung im Verteidigungsfall wäre. Insofern hoffe ich - so wie bereits bei den Waffenlieferungen bzw. der Finanzierung der Bundeswehr - auch bei der Idee einer allgemeinen Dienstpflicht auf ein breiteres gesellschaftliches Umdenken. Wir jedenfalls bleiben am Ball.“